

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Teil 1: Einleitung	21
A. Einführung	21
B. Gang der Untersuchung und Ziel der Darstellung	22
I. Gang der Untersuchung	23
II. Ziel der Darstellung	25
Teil 2: Das Bestimmtheitsgebot im deutschen Recht	27
A. Der Sinn und Zweck des Bestimmtheitsgebots	27
I. Das Demokratieprinzip und der Grundsatz der Gewaltenteilung	27
II. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz als Elemente des Rechtsstaatsprinzips	32
III. Die Generalprävention	36
1. Die negative Generalprävention	36
2. Die positive Generalprävention	39
IV. Das Schuldprinzip	40
V. Ergebnis	41
B. Der Inhalt des Bestimmtheitsgebots	42
I. Allgemeine Anforderungen an die tatbestandliche Bestimmtheit	42
1. Das Bestimmtheitsgebot in der Rechtsprechung des BVerfG und des BGH	42
2. Bestimmtheit durch Beschreibung des Typus	50
3. Das Bestimmtheitsgebot als Maximierungsgebot	52
4. Ermittlung der Bestimmtheit aufgrund einer quantitativen Methode	58
5. Bestimmtheit durch Intersubjektivität	63
6. Bestimmtheit durch eingrenzende Merkmale	66
7. Eigene Ansicht	68

II. Besondere Anforderungen an die tatbestandliche Bestimmtheit bei Verweisungen	71
1. Aus dem Demokratieprinzip und dem Grundsatz der Gewaltenteilung folgende Anforderungen an die Bestimmtheit von Verweisungen	72
a) Statische Verweisungen auf bestehende Gesetze	73
b) Dynamische Verweisungen und Verweisungen auf zukünftige Normen	73
2. Aus den Prinzipien der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes folgende Anforderungen an die Bestimmtheit von Verweisungen	77
a) Explizite Verweisungen	78
aa) Anforderungen an die Norm, auf die verwiesen wird	78
bb) Anforderungen an die verweisende Norm	79
b) Implizite Verweisungen	81
C. Die Verdrängung des Bestimmtheitsgebots	82
I. Verdrängung durch Art. 25 GG	82
1. Der Begriff der allgemeinen Regeln des Völkerrechts	82
a) Normen des Völkergewohnheitsrechts und allgemeine Rechtsgrundsätze als allgemeine Regeln des Völkerrechts	84
b) Völkervertragliche Bestimmungen als allgemeine Regeln des Völkerrechts	85
2. Der Rang der allgemeinen Völkerrechtsregeln im innerstaatlichen Recht	88
a) Wortlaut	88
b) Entstehungsgeschichte	90
c) Systematik	92
aa) Der Gesetzesbegriff im Grundgesetz	92
bb) Art. 100 Abs. 2 GG	93
cc) Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG	95
dd) Art. 79 Abs. 3 GG	97
ee) Die Möglichkeit der Anordnung von Überverfassungsrecht im GG	99
d) Abschließende Erwägungen und Ergebnis	100

3. Das Verhältnis der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zum Bestimmtheitsgebot	102
a) Grundsatz: Keine Verdrängung des Bestimmtheitsgebots	102
b) Ausnahme: Verdrängung des Bestimmtheitsgebots	103
II. Verdrängung durch übergesetzliches Recht	104
1. Die Radbruch'sche Formel	104
2. Die Anwendung der Radbruch'schen Formel durch die Rechtsprechung	108
3. Das Verhältnis übergesetzlicher Straftatbestände zum Bestimmtheitsgebot	116
III. Zusammenfassung der Ergebnisse	118
D. Die Bestimmtheit des Straftatbestands der Verfolgung (§ 7 Abs. 1 Nr. 10 VStGB)	119
I. Die Bestimmtheit der Tathandlung	120
II. Heilung der Unbestimmtheit durch völkerrechtskonforme Auslegung des Art. 103 Abs. 2 GG?	123
Teil 3: Das Bestimmtheitsgebot im Völkerrecht	127
A. Der Streit über die Verletzung des Gesetzlichkeitsprinzips in Nürnberg und Tokio	127
I. Existenz der im IMT-Statut, IMTFE-Statut und KRG Nr. 10 genannten Straftaten nach dem zur Tatzeit geltenden Völkerrecht	128
1. Ansicht des IMT	130
a) Strafbarkeit der Kriegsverbrechen	132
b) Strafbarkeit der Verbrechen gegen die Menschlichkeit	133
c) Strafbarkeit des Angriffskriegs	137
2. Ansicht des IMTFE	140
a) Strafbarkeit der Kriegsverbrechen	142
b) Strafbarkeit der Verbrechen gegen die Menschlichkeit	143
c) Strafbarkeit des Angriffskriegs	143
aa) Ansicht der Mehrheit	143
bb) Ansicht Webbs	144
cc) Ansicht Bernards	145
dd) Ansicht Pals	145

ee) Ansicht Rölings	148
3. Ansichten der amerikanischen Militärtribunale in den Nürnberger Nachfolgeprozessen	150
a) Allgemeine Aussagen zur Rechtsbildung im Völkerrecht	151
b) Strafbarkeit der Kriegsverbrechen	153
c) Strafbarkeit der Verbrechen gegen die Menschlichkeit	154
aa) Strafbarkeit kraft Völkergewohnheitsrecht	155
bb) Strafbarkeit kraft allgemeinem Rechtsgrundsatz	157
cc) Strafbarkeit da Verbrechen mala in se	158
dd) Verbrechen gegen die Menschlichkeit als „erweiterte“ Kriegsverbrechen	160
d) Strafbarkeit des Angriffskriegs	161
4. Ansichten in der Rechtslehre	163
a) Allgemeine Aussagen zur Rechtsbildung im Völkerrecht	163
b) Strafbarkeit der Kriegsverbrechen	164
c) Strafbarkeit der Verbrechen gegen die Menschlichkeit	167
d) Strafbarkeit des Angriffskriegs	171
5. Eigene Auffassung	175
a) Zur Rechtsbildung im Völkerrecht	175
aa) Naturrecht als Rechtsquelle des Völkerrechts	175
bb) Vergleichbarkeit des Völkerstrafrechts mit dem Common Law	177
cc) Ergebnis	179
b) Strafbarkeit der Kriegsverbrechen	179
aa) Strafbarkeit kraft Völkervertragsrecht	179
(1) Die Haager Konventionen von 1899 und 1907	179
(2) Der Versailler Vertrag von 1919	182
(3) Die Genfer Konventionen von 1929	182
(4) Ergebnis	184
bb) Strafbarkeit kraft Völkergewohnheitsrecht	184
c) Strafbarkeit der Verbrechen gegen die Menschlichkeit	187
aa) Strafbarkeit kraft Völkergewohnheitsrecht	188
(1) Die Martens'sche Klausel	189

(2) Humanitäre Intervention	190
(3) Der Bericht der Commission of 15	194
(4) Ergebnis	195
bb) Strafbarkeit kraft allgemeinem Rechtsgrundsatz	196
d) Strafbarkeit des Angriffskriegs	200
aa) Strafbarkeit kraft Völkervertragsrecht	200
(1) Der Versailler Vertrag von 1919	201
(2) Diverse Nichtangriffsverträge und -erklärungen	201
(3) Der Kellogg-Briand-Pakt von 1928	202
bb) Strafbarkeit kraft Völkergewohnheitsrecht	205
(1) Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg	205
(2) Die Zeit der Beendigung des Ersten Weltkriegs durch die Pariser Vorortverträge	206
(3) Die Zeit zwischen den Weltkriegen	209
e) Ergebnis	213
II. Existenz des Satzes nullum crimen sine lege im Völkerstrafrecht	214
1. Ansicht des IMT	215
2. Ansicht des IMTFE	217
a) Ansicht der Mehrheit	217
b) Ansicht Jaranillas	218
c) Ansicht Rölings	219
d) Ansicht Pals	219
3. Ansichten der amerikanischen Militärtribunale in den Nürnberger Nachfolgeprozessen	220
a) Ansicht des Gerichts im Justice Case	220
b) Ansicht des Gerichts im Einsatzgruppen Case	223
c) Ansicht des Gerichts im Hostage Case	225
4. Ansichten in der Rechtslehre	225
a) Ansichten zur Existenz des Grundsatzes	226
b) Ansichten zum Inhalt des Grundsatzes	229
5. Eigene Auffassung	232
a) Existenz des Rückwirkungsverbots im Völkervertragsrecht	233
b) Existenz des Rückwirkungsverbots im Völkergewohnheitsrecht	234
c) Existenz des Rückwirkungsverbots als allgemeiner Rechtsgrundsatz	237

d) Ergebnis	242
B. Die Anerkennung des Gesetzlichkeitsprinzips als Menschenrecht	244
I. Die Anerkennung des Gesetzlichkeitsprinzips im Völkerrecht	244
1. Die Aufnahme des Gesetzlichkeitsprinzips in die Menschenrechtskonventionen	244
a) Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	245
b) Die Europäische Menschenrechtskonvention	247
c) Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte	248
d) Die Amerikanische Menschenrechtskonvention	249
e) Die Afrikanische Menschenrechtskonvention	249
2. Die völkergewohnheitsrechtliche Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips	249
a) Anerkennung des Gesetzlichkeitsprinzips im Völkergewohnheitsrecht	249
b) Inhalt des völkergewohnheitsrechtlichen Gesetzlichkeitsprinzips	256
c) Reichweite der völkergewohnheitsrechtlichen Verpflichtung	265
3. Ergebnis	268
II. Existenz und Inhalt des menschenrechtlichen Bestimmtheitsgebots	269
1. Die Rechtsprechung des EGMR zu Art. 7 Abs. 1 EMRK	269
a) Allgemeine Anforderungen an die Normenbestimmtheit	269
b) Abweichungen bei einer Bestrafung nach internationalem Recht?	278
2. Bewertung und eigene Auffassung	280
a) Existenz des menschenrechtlichen Bestimmtheitsgebots	281
b) Sinn und Zweck des menschenrechtlichen Bestimmtheitsgebots	282
c) Generelle oder individuelle Beurteilung der Normenbestimmtheit	284

d) Inhalt des menschenrechtlichen Bestimmtheitsgebots	285
aa) Berücksichtigung der Rechtsprechung bei der Beurteilung der Normenbestimmtheit	285
bb) Berücksichtigung der Besonderheiten völkerrechtlicher Rechtsquellen	289
cc) Berücksichtigung der Schwere völkerrechtlicher Straftaten	294
dd) Berücksichtigung einer Strafbarkeit nach nationalem Recht	295
e) Zusammenfassung der Ergebnisse	295
C. Geltung und Beachtung des Bestimmtheitsgebots in den ad hoc-Tribunalen für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda	296
I. Geltung und Inhalt des Bestimmtheitsgebots	296
1. Ansichten des UN-Generalsekretärs und des UN-Sicherheitsrats	297
a) Die Schaffung des ICTY	297
b) Die Schaffung des ICTR	300
2. Ansichten der ad hoc-Tribunale	301
a) Das Gesetzlichkeitsprinzip im Allgemeinen	301
b) Das Bestimmtheitsgebot im Besonderen	305
3. Eigene Auffassung	310
a) Bindung der ad hoc-Tribunale an das Bestimmtheitsgebot	311
b) Bindung des Sicherheitsrats an das Bestimmtheitsgebot	312
aa) Mittelbare Bindung des Sicherheitsrats durch Bindung seiner Mitglieder	312
bb) Unmittelbare Bindung des Sicherheitsrats	315
II. Beachtung des Bestimmtheitsgebots am Beispiel des Verfolgungstatbestands	323
1. Strafbarkeit der Verfolgung nach Völkergewohnheitsrecht	324
2. Bestimmtheit des Verfolgungstatbestands	329

D. Geltung und Beachtung des Bestimmtheitsgebots im IStGH	339
I. Geltung und Inhalt des Bestimmtheitsgebots	339
1. Bindung des IStGH an das Bestimmtheitsgebot	340
a) Bindung kraft internationaler Rechtspersönlichkeit des IStGH	340
b) Bindung kraft Art. 22 IStGH-Statut	343
c) Bindung kraft Art. 21 IStGH-Statut	348
aa) Art. 21 Abs. 1 lit. b und c IStGH-Statut	348
bb) Art. 21 Abs. 3 IStGH-Statut	350
d) Ergebnis	355
2. Bindung der Vertragsstaaten des IStGH an das Bestimmtheitsgebot	356
II. Beachtung des Bestimmtheitsgebots am Beispiel des Verfolgungstatbestands	362
1. Inhalt des Verfolgungstatbestands	362
2. Bestimmtheit des Verfolgungstatbestands	365
a) Das Merkmal der Völkerrechtswidrigkeit	366
b) Der Begriff der „schwerwiegenden Entziehung“	366
c) Der Begriff der „fundamentalen Rechte“	368
d) Ergebnis unter Berücksichtigung des Gebots der engen Auslegung	371
Teil 4: Schlussbemerkungen	375
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	375
I. Geltung des Bestimmtheitsgebots	375
II. Ratio des Bestimmtheitsgebots	376
III. Inhalt des Bestimmtheitsgebots	376
IV. Beachtung des Bestimmtheitsgebots	377
B. Schlussbetrachtung	378
Dokumentenverzeichnis	379
Entscheidungsverzeichnis	389
Literaturverzeichnis	403